

Politische Agenda 2014
für die künftige politische Arbeit des Bundesvorstandes der
Senioren-Union der CDU Deutschlands

1 Wir, die Senioren-Union, sind eine Vereinigung der großen Volkspartei CDU und haben sat-
2 zungsgemäß zwei Aufgaben zu erfüllen:

3
4 ❖ **Die Politik der CDU in die ältere Bevölkerung hinein bzw. an sie heranzutragen,**
5 **zu vertreten und für sie zu werben.**

6
7 ❖ **Die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen in die Politik der CDU einzu-**
8 **speisen und innerhalb der CDU dafür zu werben, die Anliegen der älteren Gene-**
9 **ration politisch aufzugreifen, idealerweise innerhalb eines eigenständigen poli-**
10 **tischen Handlungsfelds Seniorenpolitik bzw. „Politik für die ältere Generation“.**

11
12 Es ist uns gelungen, dem ersten Teil dieses Auftrages gerecht zu werden: Durch ehrenamtli-
13 chen Einsatz für ältere Menschen, nicht zuletzt aber auch durch unser besonderes Engage-
14 ment in allen Wahlkämpfen. Die vergangene Bundestagswahl ist das beste Beispiel dafür:
15 Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin, weil die CDU vor allem von den Über-60jährigen ge-
16 wählt worden ist. Einen maßgeblichen Anteil daran hat unser Bundesvorsitzender, der mit
17 seinem beispiellosen und unermüdlichen Engagement für die CDU ein Vorbild für uns und
18 die SU sowie für alle Älteren ist.

19
20 Ein besonderer Dank gilt ebenfalls den Mitgliedern auf allen Ebenen der Senioren-Union.
21 Fakt ist: Die Senioren-Union hat - wie so oft - ihre Bringschuld mehr als erfüllt. Es ist nun-
22 mehr dringend geboten, dass wir uns verstärkt dem zweiten Teil unseres Auftrages widmen
23 und uns in geeigneter Art und Weise für die Interessen und berechtigten Bedürfnisse der Ü-
24 ber-60jährigen in der CDU verwenden.

25
26 Gleichzeitig sollten wir nun mit Nachdruck und selbstbewusst von der CDU einfordern, der
27 Seniorenpolitik künftig grundsätzlich einen größeren Stellenwert innerhalb ihrer politischen
28 Arbeit einzuräumen und gemeinsam mit uns seniorenpolitische Fragestellungen zu diskutie-
29 ren und entsprechende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

30
31 Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es zukünftig noch wichtiger sein, das Ver-
32 trauen älterer Menschen zu gewinnen und zu erhalten. Die Senioren-Union muss sich dieser
33 großen Herausforderung stellen. Es ist letztlich auch eine Frage ihrer Existenzberechtigung.
34 Es geht um nicht mehr oder weniger, als um die Zukunft unserer Gesellschaft und insbeson-
35 dere um die Zukunft unserer Enkel.

36
37 Auf der Grundlage der gegebenen und in absehbarer Zeit nicht mehr umkehrbaren gesell-
38 schaftlichen Entwicklung muss sich die zukünftige politische Arbeit der Senioren-Union an
39 zwei grundsätzlichen Fragen orientieren:

40 **1. In welcher Gesellschaft wollen wir zukünftig leben?**

41
42 **2. Wie schaffen wir gerechten, sozialen Ausgleich zwischen den Generationen?**

43
44 Dabei soll unsere Politik getragen sein von christlichen Wertvorstellungen und von der Aus-
45 sage des Papstes Benedikt XVI vor dem Deutschen Bundestag: „Ein Zusammenleben der
46 Menschen in Freiheit geht nur mit Solidarität.“

47
48 **zu 1. In welcher Gesellschaft wollen wir zukünftig leben?**

49
50 Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft durch Christentum, Hu-
51 manismus und Liberalismus geprägt werden und dass die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit
52 und Solidarität unantastbar bleiben.

53
54 Wert und Würde des Menschen sind nicht vom Alter abhängig.

55 Die Senioren-Union verlangt eine Änderung des Grundgesetzes Artikel 3, Absatz 3 durch die
56 Aufnahme des Wortes „Alter“ mit dem Ziel, Altersdiskriminierung gesetzlich zu verbieten.

57
58 Wir setzen uns für das Wohl unserer Gesellschaft ein, aber Wohlstand kann nicht das einzi-
59 ge Ziel gesellschaftlicher Politik sein.

60
61 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft das Miteinander von Jung und Alt – muss vordring-
62 lich gefördert werden. Deshalb ist das bürgerschaftliche Engagement im Ehrenamt unver-
63 zichtbar und zwar in sozial engagierten, kulturellen und sportlichen Initiativen, Vereinen, Zu-
64 sammenschlüssen jedweder Art, aber auch in politischen Parteien.

65
66 Ehrenamtliches Engagement hat die Anerkennung einer solidarischen Gesellschaft verdient.
67 Daher setzen wir uns bei der dringend notwendigen Rentenreform dafür ein, Zeiten ehren-
68 amtlicher Tätigkeit bei der Berechnung der Rente angemessen zu berücksichtigen.

69
70 Uns kann die Not in anderen Ländern und die Not anderer Menschen nicht gleichgültig sein.
71 Wir sprechen uns dafür aus, dort Hilfe im Rahmen unserer Möglichkeiten zu leisten. Eine
72 Gesellschaft kann Einwanderung nur in einem begrenzten Rahmen verkraften und darf hier
73 nicht überfordert werden. Bereits die Roman-Herzog-Kommission hat im Jahre 2003 festge-
74 stellt, dass (mehr) Einwanderung unsere Probleme nicht lösen kann. Wir müssen unsere
75 Probleme selbst lösen. Und deshalb ist es geboten, künftig stärker die Möglichkeiten, Fähig-
76 keiten und Ressourcen vor allem der älteren Generation zu nutzen.

77
78 Es muss auch kritisch hinterfragt werden, ob es wirklich vertretbar ist, gut ausgebildete Men-
79 schen aus Dritt- und Schwellenländern anzuwerben. In früheren Jahrzehnten hat die westli-
80 che Gesellschaft die Rohstoffe dieser Länder ausgebeutet und es muss daher die Frage er-
81 laubt sein, ob wir jetzt nicht auf dem Weg sind, diese Länder ihrer geistigen Rohstoffe zu
82 berauben.

83 **zu 2. Wie schaffen wir gerechten, sozialen Ausgleich zwischen den Generationen?**

84

85 a. Rente

86

87 Es darf und kann nicht sein, dass Bezieher von Altersbezügen in die Armutsfalle geraten.
88 Arbeit muss sich lohnen: Dieser Grundsatz darf nicht aufgegeben werden. Deshalb treten
89 wir für die Lebensleistungsrente ein. Die heutige Generation von Menschen im Rentenalter
90 hat die Solidarität der Gesellschaft verdient, sie hat nach 1945 unser zerstörtes Deutschland
91 wieder aufgebaut und den nachfolgenden Generationen ein blühendes Land übergeben. Die
92 heutigen Rentner und Pensionäre waren und sind auch heute solidarisch. Sie leisten einen
93 Beitrag zur Alterssicherung zukünftiger Generationen und dies unter den Bedingungen des
94 Riester-Faktors. Darüber hinaus beteiligen sie sich an den Kosten des Krankengeldes, ob-
95 wohl sie selbst kein Krankengeld beziehen und zahlen Steuern (nach dem Alterseinkünfte-
96 gesetz).

97

98 Das bisherige Rentensystem stößt an seine Grenzen. Wir brauchen eine grundlegende und
99 umfassende Rentenreform. Einzelne Stellschrauben zu verändern, hilft nicht mehr weiter.
100 Wir brauchen ein neues Rentensystem und unterstützen den Rentenreform-Vorschlag der
101 Katholischen Sozialverbände, die ein Drei-Säulen-Modell favorisieren. Entsprechende Anträ-
102 ge hat die Senioren-Union Deutschlands bereits eingebracht und wird sie erneut zur Diskus-
103 sion stellen. Die 3. Stufe des Drei-Säulen-Modells, nämlich die betriebliche Rente und die
104 private Vorsorge können nicht gesetzlich vorgeschrieben werden. Als Alternative schlagen
105 wir das Modell der Humboldt-Universität von Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski vor. *)

106

107 b. Gesundheit

108

109 Das System der Gesundheitsversorgung und -vorsorge ist von Grund auf zu erneuern. Im
110 Mittelpunkt müssen die Ziele Prävention und Eigenverantwortung stehen. Außerdem sind die
111 Risikofaktoren anders abzusichern.

112 Das gilt für Nikotin, Alkohol und besonders für gesundheitsschädliche z.B. süße und fetthal-
113 tige Nahrungsmittel und für Extremsportarten. Die beste Vorsorge besteht darin, alles daran
114 zu setzen, dass die Menschen möglichst nicht erkranken. Und das geht nur mit mehr Prä-
115 vention und mehr Eigenverantwortung. Wenn das Gesundheitssystem weiterhin auf der Ba-
116 sis von Solidarität aufgebaut sein soll, müssen die Menschen solidarisch sein. Wer nicht so-
117 lidarisches ist, hat den Anspruch auf Solidarität verwirkt.

118

119 Wir müssen alles daran setzen, dass Menschen möglichst lange geistig und körperlich mobil
120 sind. Die Forschung im Bereich der Alterskrankheiten ist zu verstärken. Das gilt insbesonde-
121 re für Demenz. Das gilt aber auch für den „Bewegungsapparat“.

122

123 c. Altersgerechte Wohnungen

124

125 Es besteht ein großer Bedarf an altersgerechten Wohnungen. Bei künftigen Baugenehmi-
126 gungen sollen entsprechende Standards vorgeschrieben werden (bodengleicher Duschbe-
127 reich usw.). Der entsprechende Wohnungsbau ist deshalb dringend zu fördern, das KfW-
128 Programm für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen / Immobilien sollte dauerhaft
129 angeboten und ausgebaut werden.

130

131 Es muss erreicht werden, dass die Mietnebenkosten auch für die Bezieher von Alterseinkünften
132 bezahlbar sind. Gegebenenfalls muss es eine Regelung geben analog zu den Hartz IV-
133 Empfängern. Die von der Union geplante regionale Mietpreisbremse ist ein Schritt in die richtige
134 Richtung, aber nicht mehr. Weitere Maßnahmen sind notwendig, damit Wohnen nicht
135 zum unbezahlbaren Luxus wird.

136

137 d. Nachbarberufliche Tätigkeit

138

139 Es liegt im Interesse unserer Gesellschaft, dass Rahmenbedingungen gefunden werden,
140 damit ältere Menschen über das Rentenalter hinaus sich nicht nur ehrenamtlich, sondern
141 auch beruflich engagieren können. Vor diesem Hintergrund sollten wir als SU öffentlich-
142 keitswirksam die Einrichtung von nachberuflichen Orientierungszentren auf kommunaler E-
143 bene fordern.

144

145

146 **Um die Senioren-Union als Interessenvertretung von und für Ältere künftig öffentlich**
147 **stärker wahrnehmbar zu machen, sollten wir darüber nachdenken, ein eigenes senio-**
148 **renpolitisches Grundsatzprogramm zu verfassen.**